

Andreas Mattfeldt

- (A) rung der Qualität der frühkindlichen Sprachförderung durch qualifiziertes Personal in 4 000 Schwerpunktkitas investiert werden. Noch einmal: Auch dies ist eigentlich originäre Aufgabe der Kommunen. Mit der Finanzierung durch den Bund bieten wir den Kommunen die Entlastung, die sie immer wieder vom Bund fordern.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es für mich der Gipfel der Unverschämtheit, dass Frau Schwesig der Ministerin Schröder vorwirft, sie würde immer neue Forderungen an die Vergabe der Mittel knüpfen und würde auf der Bremse stehen. Nach den gemachten Erfahrungen kann ich nur sagen, es ist absolut notwendig, dass die Mittelvergabe an zu erfüllende Pflichten und vor allen Dingen auch an Fristen gebunden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Ministerin vorzuwerfen, sie würde den Kitausbau ausbremsen, ist nahezu ungeheuerlich. Das ist an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten und dient nur dem eigentlichen Zweck, von eigenen Verfehlungen in zahlreichen Bereichen abzulenken.

Meine Damen und Herren, Kitakostenübernahme und vor allem auch die Kostenübernahme für die Grundversicherung im Alter entlasten die Kommunen erheblich. Diese Entlastungen und die durch eine kluge Wirtschaftspolitik ausgelösten Steuermehreinnahmen haben per 30. Juni dieses Jahres bereits zu einer erheblichen Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen geführt.

- (B) Durch die Verschiebung im Bundeshaushalt zugunsten der Kommunen entlastet diese christlich-liberale Regierung

(Zurufe von der SPD: Oh!)

die Kommunen finanziell in einer noch nie dagewesenen Höhe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren von der Opposition, verbitte ich mir Ihren Vorwurf, wir würden die Kommunen vernachlässigen. Dieser Vorwurf entbehrt jeglicher Grundlage.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Das sind die Fakten, Andreas! – Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Bettina Hagedorn hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Bettina Hagedorn (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich muss schon sagen: Was für einen Eindruck müssen die Zuschauer auf der Tribüne gewinnen! Was Sie als Regierungsfaktionen angesichts dieser Debatte – wir reden über die Umsetzung des Fiskalpakts und

über den Nachtragshaushalt – an kleinkariertem Pepita bieten, das ist unter der Würde dieses Hauses. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nämlich so – das wissen vielleicht nicht alle Zuhörer –, dass der Fiskalpakt in diesem Haus mit der Zustimmung von vier Fraktionen eine große Mehrheit gefunden hat und dass es in Deutschland – übrigens im Gegensatz zu vielen Nachbarländern – eine breite parlamentarische Mehrheit für ganz wesentliche Weichenstellungen auf europäischer Ebene gibt, weil Rot-Grün gemeinsam mit der Regierung eine große europäische Verantwortung übernimmt.

(Andrej Hunko [DIE LINKE]: Das ist ja das Problem!)

Der von Ihnen eingebrachte Nachtragshaushalt enthält drei wesentliche Maßgaben, die damit in einem unmittelbaren Sinnzusammenhang stehen; hierüber ist schon diskutiert worden. Dabei geht es sowohl um die Zustimmung der Länder zum Fiskalpakt, die richtig ist, als auch um die Zustimmung von Rot-Grün.

Nur aufgrund dessen können jetzt ein Wachstumspaket und ein Paket gegen die Jugendarbeitslosigkeit auf europäischer Ebene verabschiedet werden, was die Aufstockung der Mittel der Europäischen Investitionsbank erforderlich macht. Nur aufgrund dessen werden in Deutschland 30 000 neue Kitaplätze geschaffen, was die Bereitstellung von 580 Millionen Euro erforderlich macht.

Weil wir in diesem Hause das gemeinsam wollen, wäre es jetzt eigentlich angemessen, auch gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir das Ganze zu einem guten Ende führen können. Diese Chance auf eine gemeinsame Linie verpassen Sie jedoch mit Ihrem Klein-Klein, dem Parteiengzänk und Ihrem Kleinmut. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu Recht ist bereits gesagt worden, dass es auf europäischer Ebene jetzt endlich einen Kurswechsel gibt – weg von den neoliberalen Rezepten der Regierungen in ganz Europa unter der Federführung von Frau Merkel, weg von falschen Kürzungsorgien, die ursächlich zu einer einbrechenden Binnennachfrage, zu einer erlahmenden Wirtschaft und damit letzten Endes zu der hohen Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern geführt haben.

Es ist gut und richtig, dass diese Änderungen erfolgen. Zu diesen Maßnahmen erhalten Sie unsere Zustimmung. Dass Sie aber auf der anderen Seite Ihre eigenen Schularbeiten nicht machen und jetzt nicht durch strukturelle Kürzungen im eigenen Haushalt zu einer soliden Gegenfinanzierung gelangen, dass Sie sich in Europa als Sparkommissar gerieren, im eigenen Land aber nichts davon wissen wollen, das ist ja das Drama.

(Beifall bei der SPD)

Die Gegenfinanzierung – das haben sowohl Frau Hinz als auch Carsten Schneider und andere schon zu

Bettina Hagedorn

- (A) Recht gesagt – nehmen Sie sozusagen im Schlafwagen mit, indem Sie für 2012 komischerweise exakt 2,2 Milliarden Euro geringere Zinsausgaben veranschlagen.

In welchem gesamtpolitischen Umfeld bewegen wir uns denn? Es ist durchaus so, dass wir uns über eine brummende Konjunktur hier immer gemeinsam gefreut haben. Es reicht für eine Regierung jedoch nicht aus, sich lediglich darin zu gefallen. Es ist vielmehr Verantwortung dieser Regierung, Vorsorge für die Zukunft zu tragen, auch bei sich eintrübenden Aussichten.

Genau dies soll mit der Schuldenbremse erreicht werden, die übrigens von uns gemeinsam beschlossen wurde. Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Was tun Sie? Über den Nachtragshaushalt und die geringeren Zinszahlungen habe ich schon gesprochen. Wir haben es in dieser Woche aber auch mit der Vorstellung der Wachstumsprognose für das Jahr 2013 zu tun gehabt. Ich will nur darauf hinweisen: Sie haben öffentlich so getan, als sei alles im grünen Bereich;

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Im grünen nicht, aber im guten Bereich!)

tatsächlich ist es so, dass Sie in dem Haushaltsentwurf 2013, den wir in diesem Parlament gerade parallel beraten, von einem Wachstum von 1,6 Prozent im Jahr 2013 ausgeht. Aber wo sind wir jetzt? Bei 1 Prozent Wachstum.

- (B) Sie gehen in Ihrem Haushaltsentwurf von 2,78 Millionen Arbeitslosen im Jahr 2013 aus. Und wo sind wir jetzt? Seit dieser Woche haben wir es schwarz auf weiß: bei 2,94 Millionen Arbeitslosen; das sind 150 000 Arbeitslose mehr.

(Antje Tillmann [CDU/CSU]: 2 Millionen weniger als zu Ihrer Zeit!)

Was bedeutet das? Das bedeutet notwendige Ausgaben im Haushalt 2013, und Sie nehmen das nicht zur Kenntnis. Sie treffen keine Vorsorge, sondern rechnen sich alles schön,

(Beifall bei der SPD)

um den Menschen letzten Endes Sand in die Augen zu streuen, und das, obwohl Sie es in Deutschland mit zwei verantwortungsbewussten Oppositionsparteien zu tun haben,

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Das ist mir neu!)

die im Grunde bereit sind, bei den Dingen, die für die Menschen in dieser Lage wichtig sind, mit Ihnen an einem Strang zu ziehen und in eine Richtung zu gehen. Aber Sie ergreifen nicht die Hand, und damit werden Sie der Verantwortung nicht gerecht.

Ich fordere Sie auf: Greifen Sie die wesentlichen Punkte auf, die wir Ihnen vorschlagen, insbesondere was das Expertengremium angeht. Stärken Sie dieses Parlament und schaffen Sie ein Gremium, das gegenüber dem Bundestag rechenschaftspflichtig ist. Lassen Sie das Gremium nicht zu einem einfachen Instrument ver-

kommen, das der Regierung und auf europäischer Ebene nur in irgendwelchen Hinterzimmern berichtet. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Unionsfraktion hat die Kollegin Antje Tillmann das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Antje Tillmann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben 2009 als eines der ersten Länder in Europa eine Schuldenbremse in der Verfassung, im Grundgesetz, verankert und ein Jahr später den Stabilitätsrat mit Kompetenzen ausgestattet, wie sie heute im Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags verlangt werden.

Der Steinbrück-Entwurf für den Haushalt 2010 sah noch eine Neuverschuldung von 86 Milliarden Euro vor, wir aber werden vermutlich schon im nächsten Jahr die Vorgaben der Schuldenbremse, die eigentlich erst 2016 eingehalten werden müssen, unterschreiten. Wir sind auf einem guten Weg. Da ist die Verabschiedung des Fiskalpaketumsetzungsgesetzes heute ein weiterer Schritt, und zwar ein entscheidender Schritt in einem Bereich, in dem wir noch nicht gut waren: Die Länder sahen sich bei der deutschen Schuldenbremse nicht in der Verantwortung für die Kommunen. In unserer Verfassung steht, dass die Länder in ihren Haushalten bis 2020 eine Neuverschuldung von null erreichen müssen, und die Länder interpretieren das so, dass sie keine Verantwortung für die Verschuldung der Kommunen haben. Mit dem heutigen Beschluss ändert sich das. Im Umsetzungsgesetz steht nämlich eindeutig: (D)

Die Länder tragen im Rahmen des Fiskalvertrags die Verantwortung für ihre Kommunen.

Das ist ein Meilenstein im Hinblick auf die Haushaltssicherheit der Kommunen.

Ich möchte nur kurz daran erinnern, dass es die SPD-Länder sind, in denen es den Kommunen am schlechtesten geht. Die Kommunen mit der höchsten Verschuldung befinden sich gerade in den SPD-Ländern.

Heute machen wir einen Riesenschritt zum Vorteil der Kommunen. Neben der finanziellen Entlastung durch Übernahme der Kosten der Grundsicherung und des Bildungspakets profitieren sie nun auch von Rechtsklarheit hinsichtlich der Verschuldung.

Der zweite Grund, warum das Gesetz ein Meilenstein im Hinblick auf die Beteiligung der Kommunen ist, ist die direkte Beteiligung der Kommunen am Beirat beim Stabilitätsrat. Das heißt, diejenigen, die von Sparmaßnahmen der Länder betroffen sind, dürfen mitberaten; sie können mitbestimmen und öffentlich ihre Position darstellen.